

Herr Dieter Kräske
Frau Dorothe Küster
Herr Klaus Peter Möller
Herr Michael Oswald
Herr Axel Pfeffer (bis 22:35 Uhr)
Herr Thiemo Roth
Frau Julia-Christina Sator
Herr Martin Schlicksupp (ab 18:40 Uhr)
Frau Christine Wagener

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Gerhard Greilich
Frau Lea Ruth Greilich
Herr Klaus-Dieter Grothe
Frau Christiane Janetzky-Klein
Herr Martin Klußmann
Frau Maren Kolkhorst
Herr Dr. Markus Labasch
Frau Susanne Lehne
Frau Ch. Schwarzer-Geraedts
Frau Ewa Wenig
Herr Alexander Wright

Stadtverordnete der FW-Fraktion:

Herr Heiner Geißler
Herr Hans Heller (bis 22:40 Uhr)
Frau Elke Victor

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Herr Dr. Klaus Dieter Greilich
Herr Dr. Martin Preiß

Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:

Herr Michael Beltz

Stadtverordnete der Fraktion Die Piraten:

Herr Christian Jackelen
Herr Christian Oechler

Stadtverordnete der Fraktion Linkes Bündnis / Bürgerliste Gießen:

Herr Michael Janitzki

Vom Magistrat:

Frau Dietlind Grabe-Bolz	Oberbürgermeisterin	
Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin	
Frau Astrid Eibelshäuser	Stadträtin	
Frau Karin Bouffier-Pfeffer	Stadträtin	(ab 19:10 Uhr)
Herr Prof. Dr. H. Brinkmann	Stadtrat	
Frau Monika Graulich	Stadträtin	(bis 23:13 Uhr)
Herr Joachim Grußdorf	Stadtrat	(bis 23:05 Uhr)
Frau Susanne Koltermann	Stadträtin	
Frau Edith Nürnberger	Stadträtin	
Herr Wolfgang Sahmland	Stadtrat	
Herr Burkhard Schirmer	Stadtrat	
Herr Johannes Zippel	Stadtrat	(ab 19:55 Uhr)

Von der Verwaltung:

Frau Julia Thon	Dezernat I	(bis 23:30 Uhr)
Herr Horst-Friedhelm Skib	Stabsstelle Stadtentwicklung	(bis 21:10 Uhr)
Herr Thomas Röhmel	Leiter des Gartenamtes	(bis 19:55 Uhr)

Vom Ausländerbeirat:

Frau Sarah Stefanos	Vorsitzende
Herr Nabi Ibraimtzik	Stellv. Vorsitzender

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Dieter Knoth	Büroleiter, Schriftführer
Frau Andrea Allamode	Stellv. Schriftführerin

Entschuldigt:

Herr Alfons Buchholz	SPD-Fraktion
Herr Andreas Walldorf	SPD-Fraktion
Herr Dieter Scholz	CDU-Fraktion
Frau Dr. Bettina Speiser	Fraktion B'90/Die Grünen
Herr Jonas Ahlgrimm	Die Linke.Fraktion
Frau Elke Koch-Michel	Fraktion LB/BLG
Herr Uwe Schmidt	Stadtrat

Stadtverordnetenvorsteher Fritz eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er bittet die Anwesenden, sich von ihren Plätzen zu erheben, um des Verstorbenen Bernhard Hasenkrug zu gedenken. Der Verstorbene war von 1997 bis 2006 Stadtverordneter der Universitätsstadt Gießen.

Vorsitzender stellt fest, dass die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist. Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Stv. Janitzki, Fraktion LB/BLG, beantragt, den TOP 42 - *Bericht zur Sanierung der Ringallee, Antrag der Fraktion LB/BLG vom 04.06.2012, STV/0941/2012* - in der Beratung vorzuziehen und ihn als TOP 28 zu behandeln. Der Antrag unter TOP 28 - *Fußweg entlang der Wieseck, Antrag der Fraktion LB/BLG vom 28.03.2012, STV/0798/2012* - solle dafür unter TOP 42 behandelt werden.

Sodann lässt **Vorsteher** über den Antrag abstimmen: Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, CDU, GR, FW, FDP; Ja: LINKE, LB/BLG, 1 PIR; StE: 1 PIR).

Stv. Janitzki, Fraktion LB/BLG, beantragt, dass die Aussprache zu TOP 24 - *Anfrage gem. § 28 GO des Stv. Janitzki vom 30.03.2012, Projekt Bitterling und zum Areal um den Tennisplatz, ANF/0800/2012* - unter TOP 6 - *Beschluss über die weitere Planung und Einreichung der Unterlagen zur Bezuschussung durch das Hess. Umweltministerium für 1. Naturnahe Gestaltung der Wieseck, 2. Naturnahe Gestaltung des Schwanenteiches, 3. Naturnahe Gestaltung der Oberlache mit gleichzeitiger Laufverlängerung, Antrag des Magistrats vom 27.04.2012, STV/0847/2012* - erfolge, da diese beiden Punkte zusammengehören.

Gleiches beantragt er für den TOP 45 - *Leerkosten beim Trinkwasser, Antrag der Fraktion LB/BLG vom 04.06.2012, STV/0952/2012*. Dieser Antrag müsse gemeinsam mit TOP 32 behandelt werden.

Stv. Grothe, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, spricht formal gegen die Anträge.

Stadtverordnetenvorsteher Fritz lässt einzeln über die Anträge auf gemeinsame Behandlung des Stv. Janitzki abstimmen:

- Der Antrag TOP 24 gemeinsam mit TOP 6 zu behandeln wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, CDU, GR, FW, FDP, PIR; Ja: LB/BLG; StE: LINKE).
- Der Antrag TOP 45 gemeinsam mit TOP 32 zu behandeln wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, CDU, GR, FW, FDP, PIR; Ja: LINKE, LB/BLG).

Die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen kündigen an, dass sie beabsichtigen, gegen 23:00 Uhr den Ältestenrat einzuberufen, wenn abzusehen ist, dass aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit nicht alle Tagesordnungspunkte abgearbeitet werden können. Ggf. werde dann beantragt, TOP 44 - *Antrag zum Thema öffentliche Veranstaltungen, Antrag der CDU-Fraktion vom 04.06.2012, STV/0948/2012* - in der Beratung und Beschlussfassung vorzuziehen.

Stv. Janitzki, Fraktion LB/BLG, erklärt, dass TOP 23 - *Anfrage gem. § 28 GO des Stv. Janitzki vom 28.03.2012, Kassenkredite, ANF/0797/2012*, erledigt sei und dass die

Aussprache zur vorliegenden Stellungnahme des Magistrats vom 03.04.2012 unter TOP 35 in der nächsten Stadtverordnetensitzung stattfinden müsse, da Stv. Koch-Michel krankheitsbedingt an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen könne.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen, somit stellt **Stadtverordnetenvorsteher Fritz** fest, dass die Tagesordnung in der geänderten Form beschlossen ist.

Tagesordnung (Öffentliche Sitzung):

1. Fragestunde

1.1. Anfrage gem. § 30 GO des Stv. Dr. Greilich vom ANF/0976/2012
17.06.2012 - Winckelmann-Cups vom 7. - 9. Juni 2012
in Kleinlinden -

Teil A *(Vorlagen des Magistrats, die Aussprache ist möglich):*

2. Wahl von zwei Mitgliedern der Personalvertretung des STV/0904/2012
Eigenbetriebs "Mittelhessische Wasserbetriebe" (MWB) in
der Betriebskommission der MWB
- Antrag des Magistrats vom 23.05.2012 -

3. Wahl der Mitglieder zum Beirat für die Belange von STV/0907/2012
Menschen mit Behinderungen der Universitätsstadt Gießen
- Antrag des Magistrats vom 24.05.2012 -

4. 2. Satzung zur Änderung der Gebührenordnung für die STV/0924/2012
Benutzung von Betreuungsangeboten
an Grundschulen des Schulträgers Stadt Gießen
- Antrag des Magistrats vom 29.05.2012 -

5. Beteiligung der Stadtwerke Gießen (SWG) an der STV/0901/2012
fünfwerke VerwaltungsGmbH und an der fünfwerke
GmbH & Co. KG
- Antrag des Magistrats vom 04.06.2012 -

6. Beschluss über die weitere Planung und Einreichung der STV/0847/2012
Unterlagen zur Bezuschussung durch das Hessische
Umweltministerium für 1. Naturnahe Gestaltung der
Wieseck 2. Naturnahe Gestaltung des Schwanenteiches
3. Naturnahe Gestaltung der Oberlache mit gleichzeitiger
Laufverlängerung
- Antrag des Magistrats vom 27.04.2012 -

7. 15. Änderung des Flächennutzungsplanes; STV/0888/2012
hier: Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss für den Bereich
"Festplatz Ringallee"
(Teilbereich des Bebauungsplanes GI 01/34
"Wieseckau")
- Antrag des Magistrats vom 15.05.2012 -
8. 13. Änderung des Flächennutzungsplanes "Bänninger- STV/0906/2012
Gelände";
hier: Beschluss
- Antrag des Magistrats vom 23.05.2012 -
9. 16. Änderung des Flächennutzungsplanes der STV/0889/2012
Universitätsstadt Gießen;
hier: Aufstellungsbeschluss für den Bereich "Hohe Warte"
- Antrag des Magistrats vom 15.05.2012 -
10. Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. STV/0910/2012
GI 03/13 "Hohe Warte";
hier: - Einleitungsbeschluss zum Bebauungsplanverfahren
auf der Grundlage des Antrages der Firma Solibra
mit Vorhaben und Erschließungsplan
- Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden
- Antrag des Magistrats vom 24.05.2012 -
11. Bebauungsplan Nr. GI 03/08 "Marshall-Siedlung", STV/0892/2012
1. Änderung;
hier: Entwurfsbeschluss, Durchführung der Offenlegung
- Antrag des Magistrats vom 15.05.2012 -
12. Aufstellung eines Bebauungsplanes Nr. KL 09/06 STV/0908/2012
"Birkenstrauch" zur 2. Änderung des Bebauungsplanes
G12 "Hinter der Burg" und dessen 1. Änderung sowie zur
3. Änderung des Bebauungsplans Nr. KL 12
"Ortserweiterung Kleinlinden – Teilbereich Am Allendorfer
Weg"
- Antrag des Magistrats vom 24.05.2012 -
13. Bebauungsplan Nr. GI 01/34 "Wieseckau"; STV/0909/2012
hier: Entwurfsbeschluss, Durchführung der Offenlegung
- Antrag des Magistrats vom 24.05.2012 -

- | | | |
|--|---|---------------|
| 14. | Bebauungsplan Nr. GI 04/13 "Karl-Glöckner-Straße",
2. Änderung;
hier: Einleitungsbeschluss
- Antrag des Magistrats vom 25.05.2012 - | STV/0917/2012 |
| 15. | 1. Konkretisierung der Sanierungsziele im
Sanierungsgebiet "Schanzenstraße/Mühlstraße" für den
Bereich Reichensand
2. Aufstellung eines Bebauungsplanes GI 01/36
"Reichensand/Bahnhofstraße", hier: Einleitungsbeschluss,
Bekanntmachung
3. Aufstellung einer Gestaltungssatzung für den Bereich
Reichensand/Bahnhofstraße
- Antrag des Magistrats vom 29.05.2012 - | STV/0920/2012 |
| 16. | Kulturentwicklungsplanung für Gießen - Kulturelles Leitbild
- Antrag des Magistrats vom 30.05.2012 - | STV/0928/2012 |
| Teil B (Anträge der Fraktionen, die ohne Aussprache behandelt werden): | | |
| 17. | Einrichtung eines Open-Data-Portals
- Antrag der Piraten-Fraktion vom 23.04.2012 - | STV/0827/2012 |
| 18. | Bericht "Wie wird mit der Alten Post weiter verfahren?"
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 04.06.2012 - | STV/0938/2012 |
| 19. | Bericht zur Ordnung im Bereich Theaterpark Gießen
- Antrag der FW-Fraktion vom 03.06.2012 - | STV/0944/2012 |
| 19.1. | Antrag zum Thema Öffentliche Ordnung
- Antrag der CDU-Fraktion vom 04.06.2012 - | STV/0947/2012 |
| 20. | Bericht zum inklusiven Unterricht
- Antrag der CDU-Fraktion vom 02.06.2012 - | STV/0945/2012 |
| 21. | Bericht zu den Schülerzahlen
- Antrag der CDU-Fraktion vom 04.06.2012 - | STV/0946/2012 |
| 22. | Nahverkehrsplanung
- Antrag der FW-Fraktion vom 05.06.2012 - | STV/0951/2012 |

Teil C (Anträge/Anfragen der Fraktionen, die *mit* Aussprache behandelt werden):

- | | | |
|-----|---|---------------|
| 23. | Anfrage gem. § 28 GO des Stv. Janitzki vom
28.03.2012 - Kassenkredite -;
hier: Aussprache zur vorliegenden Stellungnahme des
Magistrats vom 21.05.2012 | ANF/0797/2012 |
| 24. | Anfrage gem. § 28 GO des Stv. Janitzki vom
30.03.2012 - Projekt Bitterling und zum Areal um den
Tennisplatz -;
hier: Aussprache zur vorliegenden Stellungnahme des
Magistrats vom 24.05.2012 | ANF/0800/2012 |
| 25. | Prüfung des Bau eines Solarkraftwerkes auf dem Gelände
der ehemaligen Mülldeponie Gießen-Allendorf
- Antrag der FDP-Fraktion vom 03.03.2012 - | STV/0747/2012 |
| 26. | Keine berufsorientierenden Maßnahmen in der
Trägerschaft missionarischer Vereine
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 05.03.2012 - | STV/0753/2012 |
| 27. | Anbringung von Schildern gegen Rechtsextremismus,
Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus an öffentlichen
Gebäuden
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 06.03.2012 - | STV/0756/2012 |
| 28. | Fußweg entlang der Wieseck
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 28.03.2012 - | STV/0798/2012 |
| 29. | Rückgabe der Jugendhilfe an den Landkreis Gießen
- Antrag der FDP-Fraktion vom 25.04.2012 - | STV/0841/2012 |
| 30. | Antrag zum Thema öffentliche Veranstaltungen
- Antrag der CDU-Fraktion vom 04.06.2012 - | STV/0948/2012 |
| 31. | Prüfantrag: Alternativen zur Abendkassenlösung für
Gießen-Pass-Inhaber/-innen
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 30.04.2012 - | STV/0855/2012 |
| 32. | Überarbeitung der Gefahrenabwehrverordnung
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 01.05.2012 - | STV/0858/2012 |

33. Bericht zum Wasserpreis (Antrag der Fraktion LB/BLG vom 08.08.2011, STV/0266/2011);
hier: Aussprache zur vorliegenden Stellungnahme des Magistrats vom 08.03.2012
34. Bericht zu den Ereignissen anlässlich des NPD-Aufmarsches am 16. Juli (Antrag der Fraktion LB/BLG vom 08.08.2011, STV/0269/2011);
hier: Aussprache zur vorliegenden Stellungnahme des Magistrats vom 21.05.2012
35. Kletterwald mit Riesenrutsche im Naherholungsgebiet Schiffenberg (Antrag der Fraktion LB/BLG vom 07.08.2011, STV/0270/2011);
hier: Aussprache zur vorliegenden Stellungnahme des Magistrats vom 03.04.2012
36. Konzept Berufsfeuerwehr/Gefahrenabwehrzentrum (Antrag der FW-Fraktion vom 17.11.2011, STV/0568/2011);
hier: Aussprache zur vorliegenden Stellungnahme des Magistrats vom 04.05.2012
37. Berichts Antrag zu den eingesetzten Mittel bei der Umgestaltung Bahnhofsvorplatz (Antrag der Fraktion LB/BLG vom 21.11.2011, STV/0578/2011)
hier: Aussprache zur vorliegenden Stellungnahme des Magistrats vom 08.03.2012
38. Anfrage gem. § 28 GO des Stv. Janitzki vom 09.05.2012 - Bericht zu den freiwilligen Leistungen - ANF/0867/2012
39. Anfrage gem. § 28 GO des Stv. Janitzki vom 09.05.2012 - Haushaltsmittel der Lokalen Agenda 21 - ANF/0868/2012
40. Beibehaltung der Stellenbesetzungssperre - Antrag der CDU-Fraktion vom 24.05.2012 - STV/0912/2012
41. Bericht "Wie wird mit der Erweiterung der Cloos'schen Stiftung weiter verfahren?" - Antrag der Die Linke.Fraktion vom 04.06.2012 - STV/0939/2012
42. Bericht zum Botanischen Garten - Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 04.06.2012 - STV/0940/2012

- | | | |
|-------|---|---------------|
| 43. | Bericht zur Sanierung der Ringallee
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 04.06.2012 - | STV/0941/2012 |
| 43.1. | Sanierung der Ringallee
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 04.06.2012 - | STV/0942/2012 |
| 43.2. | Geplanten Fällung von Bäumen und Streichung von
Parkplätzen in der Ringallee
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 04.06.2012 - | STV/0950/2012 |
| 44. | Antrag zum sogenannten Schutzschirm
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 04.06.2012 - | STV/0943/2012 |
| 45. | Leerkosten beim Trinkwasser
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 04.06.2012 - | STV/0952/2012 |
| 46. | Verschiedenes | |
| 46.1. | Anfrage gem. § 29 GO des Stv. Möller vom 25.06.2012
- Erhöhung der Kreisumlage - | ANF/0963/2012 |

Abwicklung der Tagesordnung (Öffentliche Sitzung):

1. Fragestunde

- | | |
|---|----------------------|
| 1.1. Anfrage gem. § 30 GO des Stv. Dr. Greilich vom
17.06.2012 - Winckelmann-Cups vom 7. - 9. Juni 2012 in
Kleinlinden - | ANF/0976/2012 |
|---|----------------------|
-

Anfrage:

Im Gießener Anzeiger vom 8. Juni 2012 war zu lesen, dass der Kleinlindener Ortsvorsteher Norbert Herlein (SPD) sich darüber gewundert habe, dass die Veranstalter des 500 Teilnehmer umfassenden Winckelmann-Cups vom 7. - 9. Juni 2012 in Kleinlinden, die städtische Genehmigung erhalten hätten, Wiesenknopf und Wiesensilge im Retentionsraum der Kleinlindener Lahnwiesen niederzut trampeln. **Vor diesem Hintergrund frage ich den Magistrat mit der Bitte um zunächst mündliche und danach schriftliche Beantwortung:**

„Warum wurde den Veranstaltern des Winckelmann - Cups die behördliche Genehmigung - ohne besondere Auflagen - erteilt, in den Kleinlindener Lahnwiesen über mehrere Tage ein großes Zeltlager incl. Parkplätze und Toilettenanlage

einzurichten, während andererseits dem Kleinlindener Schützenclub Roland seit mehr als einem Jahr die Nutzung eines wesentlich kleineren gleichartigen Wiesengeländes in unmittelbarer Nachbarschaft aus naturschutzrechtlichen Gründen und unter Auflage erheblicher finanzieller Belastungen verwehrt wird ?“

Antwort Bürgermeisterin Weigel-Greilich: „Die Untere Naturschutzbehörde war in die Genehmigung des Zeltlagers nicht involviert. Dennoch wäre eine Genehmigung auch aus Sicht der UNB möglich gewesen, denn das Zeltlager zum Winckelmann-Cup war auf einer Wiesenfläche, die in der Biotopkartierung Gießen von 2010 als „intensiv genutzte Fettwiese“ dargestellt ist. Es ist daher nicht zu erwarten, dass der Wiesenknopf dort in relevanter Dichte wächst und somit dort den europaweit geschützten Bläulingsarten einen Lebensraum bietet. Die Vegetation einer intensiv genutzten Fettwiese wird durch Befahren, Zelten und Tritt an drei Tagen nicht irreversibel geschädigt. Damit liegt keine erhebliche Beeinträchtigung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts und somit auch kein Eingriff vor. Ganz anders zu bewerten ist eine über die gesamte Vegetationsperiode dauernde Bogensportwiesen-Nutzung auf einer wiesenknopfreichen Feuchtwiese mit entsprechender Mahd und Trittbelastung. Dies führt zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts und ist somit als Eingriff zu bewerten.“

1. Zusatzfrage: „Darf der Schützenclub Roland nach diesem Präzedenzfall damit rechnen, im Zuge der Gleichbehandlung unverzüglich und ohne weitere Kosten und Auflagen die von ihm gewünschte Wiesenfläche dauerhaft als Bogensportgelände nutzen zu dürfen?“

Antwort Bürgermeisterin Weigel-Greilich: „Aus dem og. Grund muss die 1. Zusatzfrage verneint werden.“

2. Zusatzfrage: „Ist dem Magistrat bekannt, dass der als Wirtspflanze für den Ameisenbläuling dienende Große Wiesenknopf im gesamten Bereich der Kleinlindener Lahnwiesen zur Zeit in Hülle und Fülle blüht?“

Antwort Bürgermeisterin Weigel-Greilich: „Die Frage impliziert, dass die Fläche der geplanten Bogenwiese mit der Gesamtfläche der Kleinlindener Lahnwiesen in das Verhältnis gesetzt werden soll. Dabei ist aber zu bedenken, dass nicht an jedem Wiesenknopfstandort auch Ameisenbläulinge siedeln, da diese Schmetterlingsarten noch darüber hinaus gehende Lebensraum-Eigenschaften benötigen (z. B. das Vorkommen der Wirtsameisenart oder eine entsprechende Wiesennutzung zur Ei- und Raupenentwicklungszeit). Dem Magistrat ist die Verbreitung der geschützten Ameisenbläulinge in den Kleinlindener Lahnwiesen nicht bekannt, da bislang noch kein Anlass dazu gegeben war, ein entsprechendes Gutachten in Auftrag zu geben. Da es die Ameisenbläulinge sind, die europaweit zu schützen sind, ist bei einem geplanten Eingriff eine entsprechende Untersuchung auf der Eingriffsfläche unumgänglich. Soll sogar mit dem Verhältnis der Bogenwiesenfläche zur Gesamtfläche der Lahnwiesen fachlich korrekt argumentiert werden, müssten alle Kleinlindener Wiesenknopf-Wiesen entsprechend auf den Bläuling untersucht werden, was das Gutachten erheblich ausweiten und damit verteuern würde.“

Teil A (Vorlagen des Magistrats, die Aussprache ist möglich):

- 2. Wahl von zwei Mitgliedern der Personalvertretung des Eigenbetriebs "Mittelhessische Wasserbetriebe" (MWB) in der Betriebskommission der MWB** **STV/0904/2012**
- Antrag des Magistrats vom 23.05.2012 -
-

Antrag:

„Als Mitglieder der Betriebskommission und deren persönliche Stellvertreter/innen werden folgende Mitglieder der Personalvertretung des Eigenbetriebs gewählt:

Mitglieder	Stellvertreter/innen
1. André Wagner	Daniel Astor
2. Stefan Glink	Till-Roman Riedel.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

- 3. Wahl der Mitglieder zum Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen der Universitätsstadt Gießen** **STV/0907/2012**
- Antrag des Magistrats vom 24.05.2012 -
-

Antrag:

„In den Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen der Universitätsstadt Gießen werden gewählt:

1. fünf Personen, die von den Wohlfahrtsverbänden entsandt werden (siehe Anlage 1),
2. sechs Personen, die von den Selbstorganisationen von Menschen mit Behinderungen entsandt werden (siehe Anlage 1) und
3. ein Mitglied des Ausländerbeirates (siehe Anlage 1).“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

- 4. 2. Satzung zur Änderung der Gebührenordnung für die Benutzung von Betreuungsangeboten an Grundschulen des Schulträgers Stadt Gießen** **STV/0924/2012**
- Antrag des Magistrats vom 29.05.2012 -
-

Antrag:

„Der in der Anlage beigefügten Änderung der Gebührenordnung für die Benutzung von Betreuungsangeboten an Grundschulen des Schulträgers Stadt Gießen wird zugestimmt“.

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Dr. Greilich, Bietz, Dr. Preiß, Beltz und Stadträtin Eibelshäuser.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, GR, LB/BLG; Nein: CDU, FDP; StE: FW, LINKE, PIR).

5. **Beteiligung der Stadtwerke Gießen (SWG) an der fünfwerke VerwaltungsGmbH und an der fünfwerke GmbH & Co. KG** **STV/0901/2012**
- Antrag des Magistrats vom 04.06.2012 -
-

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gem. § 51 Nr. 11 i. V. m. §§ 121 ff. HGO

1. die Beteiligung der Stadtwerke Gießen AG (SWG) an der fünfwerke Verwaltungs-GmbH und
2. die Beteiligung der Stadtwerke Gießen AG (SWG) an der fünfwerke GmbH & Co. KG.

Der Beschluss wird im Nachgang zu der bereits erfolgten Gründung und Beteiligung der SWG an der fünfwerke GmbH & Co. KG mit einer Haftungssumme von 200.000 € (entspricht 20% der Kapitaleinlage in Höhe von 1,0 Mio. €) gefasst.“

An der kurzen Aussprache beteiligen sich Stv. Dr. Preiß und Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz.

Beratungsergebnis:

Einstimmig beschlossen (Ja: SPD, CDU, GR, FW, FDP, PIR; StE: LINKE, LB/BLG).

6. **Beschluss über die weitere Planung und Einreichung der Unterlagen zur Bezuschussung durch das Hessische Umweltministerium für 1. Naturnahe Gestaltung der Wieseck 2. Naturnahe Gestaltung des Schwanenteiches 3. Naturnahe Gestaltung der Oberlache mit gleichzeitiger Laufverlängerung** **STV/0847/2012**
- Antrag des Magistrats vom 27.04.2012 -
-

Antrag:

„1. Der Antrag zur Förderung der naturnahen Gestaltung der Wieseck zwischen Ringallee Freibadgelände wird bei dem Hessischen Umweltministerium eingereicht.

2. Der Antrag zur Förderung der naturnahen Umgestaltung des Schwanenteiches mit Anbindung an die Wieseck und Verbesserung der Gewässergüte wird beim Hessischen Umweltministerium eingereicht.
3. Der Antrag zur Förderung der Laufverlängerung mit Gewässerstruktur verbessernden Maßnahmen der Oberlache wird beim Hessischen Umweltministerium eingereicht.“

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Dr. Preiß, Janitzki, Beltz, Dr. Labasch, Küster, H. Geißler, Heimbach und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Stv. Küster, CDU-Fraktion, beantragt eine Sitzungsunterbrechung. **Die Sitzung wird von 19:37 Uhr bis 19:50 Uhr unterbrochen.**

Stv. Janitzki, Fraktion LB/BLG, beantragt, seine nachstehende Frage und die Antwort der Bürgermeisterin wörtlich zu Protokoll zu nehmen.

Stv. Janitzki: *„Ich habe zwei Fragen, einmal die Haushaltsstellen, die zugesagt worden sind, das hatte ich vergessen, aber die zweite inhaltliche ist noch die Frage, was ist mit dem Baumbestand direkt an der Wieseck auf der Seite zum Schwimmbad hin? Die werden doch wahrscheinlich auch entfernt?“*

Bürgermeisterin Weigel-Greilich: *„Einmal ist es so, dass auf dem Deichweg, also auf dem Dammweg selbst ... (Zwischenbemerkung Stv. Janitzki: Auf der anderen Seite) nein, auf der anderen Seite die brauchen dann auch nicht gefällt zu werden, weil ja der Erdwall nicht vergeben wird. Die Haushaltsstellen, die Investitionsstellen lauten: 67.2011002 - 67.2011003 und 67.2012005.“*

Stv. Dr. Labasch, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **beantragt, Ziffer 1. der Vorlage wie folgt zu ergänzen:**

*„1. Der Antrag zur Förderung der naturnahen Gestaltung der Wieseck zwischen Ringallee Freibadgelände wird bei dem Hessischen Umweltministerium eingereicht. **Eine Umsetzung der Maßnahme soll nur erfolgen, wenn kein alter Baumbestand gefällt werden muss.**“*

Beratungsergebnis:

- Der Ergänzungsantrag zu Ziffer 1. wird mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, 1 CDU, GR; Nein: 2 CDU, FW, FDP, LINKE; StE: 12 CDU, PIR, LB/BLG).
- Die so ergänzte Ziffer 1. wird mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, GR, 2 CDU; Nein: 3 CDU, FW, FDP, PIR, LINKE, LB/BLG; StE: 10 CDU).
- Ziffer 2 wird mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, 2 CDU, GR, FW; Nein: 1 CDU, FDP, LINKE, LB/BLG; StE: 12 CDU, PIR).
- Ziffer 3 wird mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, 2 CDU, GR, FW; Nein: 4 CDU, LINKE, LB/BLG; StE: 9 CDU, FDP, PIR).

7. **15. Änderung des Flächennutzungsplanes;** **STV/0888/2012**
hier: Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss für den Bereich
"Festplatz Ringallee"
(Teilbereich des Bebauungsplanes GI 01/34
"Wieseckau")
- Antrag des Magistrats vom 15.05.2012 -
-

Antrag:

- „1. Die Aufstellung und der Entwurf der 15. Änderung des Flächennutzungsplanes "Festplatz Ringallee" werden beschlossen.
2. Der Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss ist gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) ortsüblich bekannt zu machen; das Beteiligungsverfahren ist als vereinfachtes Verfahren gem. § 13 Abs. 2 BauGB durchzuführen.
3. Auf der Grundlage dieses Beschlusses sind die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange durchzuführen.“

Beratungsergebnis:

Ohne Aussprache einstimmig beschlossen (Ja: SPD, CDU, GR, FW, FDP, PIR; StE: LINKE, LB/BLG).

8. **13. Änderung des Flächennutzungsplanes "Bänninger-** **STV/0906/2012**
Gelände";
hier: Beschluss
- Antrag des Magistrats vom 23.05.2012 -
-

Antrag:

- „1. Die im Rahmen der Entwurfs-Offenlegung von der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 sowie von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) vorgebrachten Anregungen wurden gemäß §§ 1 Abs. 5, 6 und 7 sowie § 1 a BauGB geprüft (Anlage 1).
2. Die 13. Änderung des Flächennutzungsplanes (Anlage 2) wird beschlossen.
3. Der Magistrat wird beauftragt, den Beschluss ortsüblich bekannt zu machen.“

Beratungsergebnis:

Ohne Aussprache einstimmig beschlossen (Ja: SPD, GR, FW, FDP, LINKE; PIR, LB/BLG; StE: CDU).

9. **16. Änderung des Flächennutzungsplanes der
Universitätsstadt Gießen;** **STV/0889/2012**
hier: Aufstellungsbeschluss für den Bereich "Hohe Warte"
- Antrag des Magistrats vom 15.05.2012 -
-

Antrag:

- „1. Die Aufstellung der 16. Änderung des Flächennutzungsplanes ‚Solarpark Hohe Warte‘ wird für den in der Anlage dargestellten Geltungsbereich beschlossen.
2. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) ortsüblich bekannt zu machen.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

10. **Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. STV/0910/2012
GI 03/13 "Hohe Warte";**
**hier: - Einleitungsbeschluss zum Bebauungsplanverfahren
auf der Grundlage des Antrages der Firma Solibra
mit Vorhaben und Erschließungsplan
- Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden
- Antrag des Magistrats vom 24.05.2012 -**
-

Antrag:

- „1. Der von der Firma Solibra mit Schreiben vom 15. Mai 2012 beantragten Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes (Anlage 2) für die Errichtung einer Photovoltaik-Freiflächenanlage wird gemäß § 12 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) zugestimmt.
2. Für den in der Anlage 1 gekennzeichneten Geltungsbereich in der Gemarkung Gießen Flur 47, Flurstück Nr. 30/7 wird gemäß § 2 Abs. 1 i. V. m. § 12 BauGB die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes mit der Bezeichnung Nr. GI 03/13 „Hohe Warte“ beschlossen. Die Einleitung ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB öffentlich bekannt zu machen.
3. Dem vom Investor vorgelegten Vorentwurf des Vorhaben- und Erschließungsplanes (VEP, Anlage 3) wird zugestimmt.
4. Auf der Grundlage dieses Vorentwurfes ist die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und gleichzeitig die Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

- 11. Bebauungsplan Nr. GI 03/08 "Marshall-Siedlung", STV/0892/2012**
1. Änderung;
hier: Entwurfsbeschluss, Durchführung der Offenlegung
- Antrag des Magistrats vom 15.05.2012 -
-

Antrag:

- „1. Der in der Anlage beigefügte Bebauungsplan GI 03/08 „Marshall-Siedlung“, 1. Änderung sowie die eigenständigen, in den Bebauungsplan integrierten bauordnungsrechtlichen Festsetzungen (§ 81 Hessische Bauordnung HBO) werden als Entwurf beschlossen. Die Begründung zum Planentwurf wird beschlossen.
2. Das Bebauungsplanverfahren wird gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) im beschleunigten Verfahren ohne Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt.
3. Zum Bebauungsplan-Entwurf sind die Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB (Offenlegung) und die berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 13 Abs. 2 Satz zu beteiligen.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

- 12. Aufstellung eines Bebauungsplanes Nr. KL 09/06 STV/0908/2012**
"Birkenstrauch" zur 2. Änderung des Bebauungsplanes
G12 "Hinter der Burg" und dessen 1. Änderung sowie zur
3. Änderung des Bebauungsplans Nr. KL 12
"Ortserweiterung Kleinlinden – Teilbereich Am Allendorfer
Weg"
- Antrag des Magistrats vom 24.05.2012 -
-

Antrag:

- „1. Für den in der Anlage 1 dargestellten Plangeltungsbereich wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung eines Bebauungsplanes eingeleitet.
2. Das Bebauungsplanverfahren wird gemäß § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren ohne Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt.
3. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 13a Abs. 3 Satz 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.“

Stv. Heller, FW-Fraktion, verlässt gem. § 25 HGO - Widerstreit der Interessen - den Sitzungssaal und nimmt an der Beratung zu dem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Stv. Dr. Greilich, FDP-Fraktion, beantragt, die Vorlage in der Beratung und Beschlussfassung eine Sitzungsrunde zurück zu stellen, bis der Fragenkatalog des Stv. Heller vom Magistrat beantwortet wurde.

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, CDU, GR, PIR; Ja: FW, FDP, LINKE, LB/BLG).

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Dr. Greilich, H. Geißler und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Stv. Dr. Greilich, FDP-Fraktion, beantragt, die Punkte einzeln abzustimmen.

Beratungsergebnis:

- Punkt 1 der Vorlage wird mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, CDU, GR, FW, PIR; Nein: FDP, LINKE, LB/BLG).
- Punkt 2 der Vorlage wird mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, CDU, GR, FW, FDP, LINKE, PIR; Nein: LB/BLG)
- Punkt 3 der Vorlage wird mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, CDU, GR, PIR; Nein: FW, FDP, LINKE, LB/BLG).

Die Magistratsvorlage, STV/0908/2012, wird mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, CDU, GR, PIR, Nein: FW, FDP, LINKE, LB/BLG).

**13. Bebauungsplan Nr. GI 01/34 "Wieseckau"; STV/0909/2012
hier: Entwurfsbeschluss, Durchführung der Offenlegung
- Antrag des Magistrats vom 24.05.2012 -**

Antrag:

- „1. Der Entwurf zum Bebauungsplan Nr. GI 01/34 ‚Wieseckau‘ wird mit seinen zeichnerischen und planungsrechtlichen Festsetzungen sowie den eigenständigen in den Entwurf integrierten bauordnungsrechtlichen Festsetzungen nach § 81 Hessischer Bauordnung beschlossen. Die Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.
2. Auf der Grundlage dieses Beschlusses sind die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und die Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.“

An der kurzen Aussprache beteiligen sich Stv. Janitzki und Dr. Labasch.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, CDU, GR, FW, FDP; Nein: 1 CDU, LINKE, LB/BLG; StE: PIR).

- 14. Bebauungsplan Nr. GI 04/13 "Karl-Glöckner-Straße", STV/0917/2012**
2. Änderung;
hier: Einleitungsbeschluss
- Antrag des Magistrats vom 25.05.2012 -
-

Antrag:

- „1. Für den in der Anlage 1 dargestellten Plangeltungsbereich wird die Einleitung des Verfahrens zur 2. Änderung des Bebauungsplanes beschlossen.
2. Das Bebauungsplanverfahren wird gemäß § 13 BauGB im vereinfachten Verfahren ohne Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt.
3. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
4. Das in der Anlage 2 dargestellte Bebauungsplankonzept wird als Grundlage zur Ausarbeitung des Bebauungsplanentwurfes zur Kenntnis genommen. Der Magistrat wird ermächtigt, die Öffentlichkeits- und die Behördenbeteiligung ohne einen gesonderten Beschluss der Stadtverordnetenversammlung durchzuführen.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

- 15. 1. Konkretisierung der Sanierungsziele im STV/0920/2012**
Sanierungsgebiet "Schanzenstraße/Mühlstraße" für den
Bereich Reichensand
2. Aufstellung eines Bebauungsplanes GI 01/36
"Reichensand/Bahnhofstraße", hier: Einleitungsbeschluss,
Bekanntmachung
3. Aufstellung einer Gestaltungssatzung für den Bereich
Reichensand/Bahnhofstraße
- Antrag des Magistrats vom 29.05.2012 -
-

Antrag:

- „1. Das Sanierungsziel im Bereich Bahnhofstraße/Reichensand wird dahingehend konkretisiert, dass sich ein Neubau auf den Flurstücken Gemarkung Gießen, Flur 1, Flurstück-Nr. 798/2 und 798/17 in Kubatur, Gestalt und Materialität am historischen Vorgängerbau (Gebäude Samen-Hahn) orientieren muss.
- 2.1 Für den in der Anlage 1 dargestellten Plangeltungsbereich wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) die Aufstellung eines Bebauungsplanes GI 01/36 ‚Reichensand/Bahnhofstraße‘ eingeleitet.
- 2.2. Das Bebauungsplanverfahren wird gemäß § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren ohne Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt.
- 2.3 Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 13a Abs. 3 Satz 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

- 2.4 Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und die Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 1 BauGB sind durchzuführen.
3. In einer separaten Gestaltungssatzung sollen gem. § 81 Hessische Bauordnung (HBO) für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes GI 01/36 ‚Reichensand/Bahnhofstraße‘ Vorgaben zur äußeren Gestaltung der baulichen Anlagen getroffen werden.“

Stadtverordnetenvorsteher Fritz merkt an, dass in der Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr **Punkt 3 der Vorlage auf Antrag der CDU-Fraktion wie folgt geändert wurde:**

„3. In einer separaten Gestaltungssatzung **werden** gem. § 81 Hessische Bauordnung (HBO) für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes GI 01/36 ‚Reichensand/Bahnhofstraße‘ Vorgaben zur äußeren Gestaltung der baulichen Anlagen getroffen.“

Beratungsergebnis:

Die so geänderte Magistratsvorlage wird ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

**16. Kulturentwicklungsplanung für Gießen - Kulturelles Leitbild STV/0928/2012
- Antrag des Magistrats vom 30.05.2012 -**

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen stimmt dem als Anlage beigefügten kulturellen Leitbild der Universitätsstadt Gießen und den darin beschriebenen Zielen zu.“

Stadtverordnetenvorsteher Fritz teilt mit, folgende Änderungen zur Magistratsvorlage wurden in der Sitzung des Schulausschusses beschlossen:

1. Erweiterung des Antragstextes:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen stimmt dem als Anlage beigefügten kulturellen Leitbild der Universitätsstadt Gießen und den darin beschriebenen Zielen zu **und beauftragt den Magistrat, Kriterien und Maßnahmen zur Förderung von Kunst und Kultur in der Universitätsstadt Gießen unter besonderer Berücksichtigung der Aufgaben der Universitätsstadt als Oberzentrum und der Verbesserung von Teilhabechancen der Gießenerinnen und Gießener zu entwickeln und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.**“

Änderungen im Kulturellen Leitbild der Universitätsstadt Gießen

2. Seite 4, letzter Absatz soll erweitert werden:

„Darüber hinaus strahlt gerade das Stadttheater mit seinen drei Sparten durch seine vielfältigen Angebote einerseits in breite Bevölkerungsschichten Gießens sowie der Region aus und verschafft der Stadt andererseits die überregionale

Beachtung, die als Standortfaktor von unschätzbarem Wert ist.“

3. Seite 6 oben soll erweitert werden:

„Zudem sind auch die Schulen in Gießen als Orte künstlerischer Kreativität in der städtischen Kulturlandschaft zunehmend präsent. Sie sollten sowohl als Veranstalter wie auch als Veranstaltungsorte in der Stadtöffentlichkeit stärker vernetzt werden.“

4. Seite 6, 2. Absatz zu ergänzen:

„Eine besondere Bedeutung kommt hier den Institutionen der Stadt zu. Sie hat die Aufgabe, durch die Ausstattung des Stadtarchivs und die Gestaltung der Museen, die Beschäftigung mit der Geschichte zu fördern. Besondere Berücksichtigung mit der Geschichte zu fördern. Besondere Berücksichtigung erfahren dabei auch all jene Vereine und Institutionen, die sich um die - auch kritische - Aufarbeitung der Gießener Vergangenheit verdient machen.“

5. Seite 2, letzter Absatz und Seite 5, 3. Absatz (2x)

Der Begriff „Kulturschaffende“ soll ersetzt werden durch „kulturell Aktive und Kulturakteure“.

6. Seite 4, 1. Absatz, 1. Satz soll wie folgt geändert werden:

„Aufnahme und Integration von Menschen aus ca. 150 Herkunftsländern wird in der Stadt seit vielen Jahren gefördert. Sie repräsentieren unterschiedliche Kulturen.“

Redaktionelle Änderungen:

7. Seite 2, erster Satz:

„Die Universitätsstadt Gießen versteht Kultur als Grundlage für ein schöpferisches Miteinander in der kommunalen Gemeinschaft.“

8. Seite 2, 3. Absatz:

Zu ergänzen nach Wissenschaft ist, „.... Schulische Aus- und Weiterbildung“.

9. Seite 2., 3. und 4. Absatz:

„Baukultur“ ist in den Katalog aufzunehmen.

10. Seite 2, 4. Absatz:

„... (Wir beziehen uns unter) Inkaufnahme von Einschränkungen, auf eine engeren Kulturbegriff.“

11. Seite 2, 6. Absatz, 3. Zeile:

Statt „provokieren“ - „drängen auf Veränderung“.

12. Seite 3, 1. Absatz:

Statt „kreative Lösungen“ - „bürgergesellschaftliche Anstrengungen auch jenseits des öffentlichen Engagements“.

13. Seite 3, 5. Absatz:

Den ersten Satz streichen und im zweiten Satz für das Wort „Kulturaffine“ „kulturell Interessierte“ einsetzen.

Stv. Dr. Greilich, FDP-Fraktion, beantragt, die Magistratsvorlage STV/0928/2012 wie folgt zu ergänzen:

„1. Auf Seite 5 wird vor dem Abschnitt ‚Kultur und Künste‘ unter der Überschrift

„Stadttheater Gießen“ folgender Absatz eingefügt:

Das Stadttheater stellt seit mehr als 100 Jahren das kulturelle Aushängeschild der Universitätsstadt Gießen dar. Vor diesem Hintergrund bekennen sich die politisch Verantwortlichen der Stadt zum Erhalt des Gießener Stadttheaters als Dreispartenhaus mit philharmonischem Orchester und zum bestehenden Theatervertrag.

2. Auf Seite 6 wird nach dem jetzt ersten Wort Strukturen eingefügt: Wie z. B. durch die Einrichtung einer Hochschulkommission.“

Stv. Dr. Krauthelm, SPD-Fraktion, regt an, den vorstehenden Änderungsantrag der FDP-Fraktion wie folgt zu ändern:

„1. Auf Seite 5 wird vor dem Abschnitt ‚Kultur und Künste‘ unter der Überschrift

„Stadttheater Gießen“ folgender Absatz eingefügt:

*Das Stadttheater stellt seit mehr als 100 Jahren das kulturelle Aushängeschild der Universitätsstadt Gießen dar **und wird als Dreispartenhaus mit philharmonischem Orchester auf der Grundlage des bestehenden Theatervertrages erhalten bleiben.***

2. Auf Seite 6 wird nach dem jetzt ersten Wort Strukturen eingefügt: Wie z. B. durch die Einrichtung einer Hochschulkommission.“

Die FDP-Fraktion übernimmt die vorgeschlagene Formulierung.

Beratungsergebnis:

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion wird einstimmig beschlossen (Ja: SPD, CDU, GR, FDP, 1 PIR, LB/BLG; StE: 1 CDU, FW, 1 PIR).

Die so geänderte/ergänzte Magistratsvorlage STV/0928/2012 wird einstimmig beschlossen (Ja: SPD, GR, FDP, LINKE, LB/BLG; StE: CDU, FW, PIR).

Teil B (Anträge der Fraktionen, die *ohne* Aussprache behandelt werden):

17. Einrichtung eines Open-Data-Portals

STV/0827/2012

- Antrag der Piraten-Fraktion vom 23.04.2012 -

Antrag:

„Der Magistrat wird beauftragt, für die Stadt Gießen ein ‚Open Data‘-Portal im Internet einzurichten. Die bereitgestellten Daten sind unter einer freien Lizenz maschinenlesbar zu veröffentlichen. Für die Nutzung der Daten werden keine Gebühren erhoben.“

Stadtverordnetenvorsteher Fritz merkt an, der Antrag wurde in der Sitzung des HFWRE-Ausschusses wie folgt geändert:

„Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, wie für die Stadt Gießen ein ‚Open Data‘-Portal im Internet eingerichtet werden kann. Dabei sind folgende Bedingungen zu erfüllen: Die bereitgestellten Daten sind unter einer freien Lizenz maschinenlesbar zu veröffentlichen. Für die Nutzung der Daten werden keine Gebühren erhoben. Die

Kosten für das ‚Open Data‘-Portal sind darzustellen. Über den Stand des Prüfungsverfahrens ist der Stadtverordnetenversammlung nach vier Monaten zu berichten.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

**18. Bericht "Wie wird mit der Alten Post weiter verfahren?" STV/0938/2012
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 04.06.2012 -**

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat zu berichten:

1. Wie soll eine Situation wie beim Samen Hahn Gebäude vermieden werden?
2. Gibt es Signale von Seiten des Besitzers in Richtung einer Sanierung und Nutzung der Alten Post?
3. Ist die Idee einer kleinen Museumsmeile am Bahnhof noch aktuell, also eine Ergänzung von Mathematikum und Liebigmuseum um ein Museum in der Alten Post?
4. Gibt es weitere Konzepte (Hotel/Hostel, öffentliche Nutzung...)?“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

**19. Bericht zur Ordnung im Bereich Theaterpark Gießen STV/0944/2012
- Antrag der FW-Fraktion vom 03.06.2012 -**

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, der Stadtverordnetenversammlung einen ausführlichen Bericht über nachstehende Fragen zu geben:

1. Wird die Rattenplage entlang der Wieseck im Bereich der Innenstadt - insbesondere im Bereich des Theaterparks - bekämpft, und wenn ja mit welchem Erfolg?
2. Ist dem Magistrat bekannt, dass mittlerweile auch im Bereich des Theaterparks Drogen gedealt werden, und welche Maßnahmen hat der Magistrat dagegen unternommen bzw. wird der Magistrat unternemen?
3. Ist das Ordnungsamt bei besonderen Anlässen (z.B. verkaufsoffene Sonntage) auch über die normalen Dienstzeiten hinaus besetzt und erreichbar?
4. Wird bei den besonderen Anlässen (siehe Punkt 3.) auch das Einhalten der Parkordnung für Kfz kontrolliert, so dass auch im Gefährdungsfall (z.B. Feuerwehreinsatz, Rettungswesen usw.) die Zufahrt zu den betroffenen Gebieten uneingeschränkt möglich ist?
5. Werden die Parkkontrollen in dem betroffenen Gebiet auch außerhalb der

regulären Dienstzeiten (z.B. in den frühen Abendstunden) in unregelmäßigen Abständen durchgeführt?“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

19.1. Antrag zum Thema Öffentliche Ordnung **STV/0947/2012**
- Antrag der CDU-Fraktion vom 04.06.2012 -

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat zu prüfen, ob die derzeit aufgestellten Mülleimer im Theaterpark durch größere Behälter ersetzt werden könnten.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

20. Bericht zum inklusiven Unterricht **STV/0945/2012**
- Antrag der CDU-Fraktion vom 02.06.2012 -

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird beauftragt zu berichten, an welchen Gießener Schulen in Zukunft für Schülerinnen und Schüler inklusiver Unterricht stattfinden kann und soll.

Des Weiteren wird der Magistrat gebeten zu berichten, ob - und wenn ja, welche - Gießener Schulen sog. Schwerpunktschulen werden sollen und ob Gießener Schulen im Hinblick auf die Beschulung gem. § 51 Hess. Schulgesetz in der Zwischenzeit um die Bereitstellung von sächlichen und räumlichen Mitteln gebeten haben.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

21. Bericht zu den Schülerzahlen **STV/0946/2012**
- Antrag der CDU-Fraktion vom 04.06.2012 -

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird beauftragt zu berichten, wie viele Schülerinnen und Schüler aus dem Landkreis an Gießener Schulen angemeldet sind und wie viele Schülerinnen und Schüler aus Gießen eine Kreisschule besuchen möchten.“

Stadtverordnetenvorsteher Fritz teilt mit, dass die CDU-Fraktion **ihren Antrag in der Sitzung des Ausschusses für Schule, Bildung und Kultur wie folgt geändert habe:**

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird beauftragt zu berichten, wie viele

Schülerinnen und Schüler aus dem Landkreis an Gießener Schulen angemeldet sind und wie viele Schülerinnen und Schüler aus Gießen eine Kreisschule besuchen möchten.

Des Weiteren wird der Magistrat gebeten zu berichten, wie die Kostenberechnung der Gastschüler erfolgt - mit oder ohne Gebäudeunterhaltskosten (bitte einzeln aufschlüsseln)?

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache geändert einstimmig beschlossen.

**22. Nahverkehrsplanung STV/0951/2012
- Antrag der FW-Fraktion vom 05.06.2012 -**

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, geplante Änderungen im Nahverkehrsplan den Stadtverordneten möglichst frühzeitig bekannt zu geben, damit noch ein Mitspracherecht möglich ist.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

Die Sitzung wird von 21:10 Uhr bis 21:45 Uhr für eine Pause unterbrochen.

Teil C (Anträge/Anfragen der Fraktionen, die *mit* Aussprache behandelt werden):

**23. Anfrage gem. § 28 GO des Stv. Janitzki vom 28.03.2012 ANF/0797/2012
- Kassenkredite -;
hier: Aussprache zur vorliegenden Stellungnahme des
Magistrats vom 21.05.2012**

Anfrage:

„Wie waren a) der Höchst- und b) der Tiefststand aller städtischen Kassenkredite in den einzelnen Monaten angefangen vom April 2011 bis zum März 2012?“

Weiterhin beantrage ich, die Anfrage mit der Antwort des Magistrats auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung 24. Mai 2012 zu setzen.

Beratungsergebnis:

Wurde zu Beginn der Sitzung vom Fragesteller als erledigt erklärt.

24. Anfrage gem. § 28 GO des Stv. Janitzki vom 30.03.2012 ANF/0800/2012
- Projekt Bitterling und zum Areal um den Tennisplatz -;
hier: Aussprache zur vorliegenden Stellungnahme des
Magistrats vom 24.05.2012

Anfrage:

Für die Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen stelle ich gemäß § 28 GO die folgende Anfrage an den Magistrat und bitte um schriftliche Beantwortung:

- „1. Wie sieht genau das Projekt Bitterling aus?
2. Welche landschaftlichen Veränderungen sind damit beabsichtigt?
3. Welche Abschnitte der Wieseck sind in welcher Art und Weise betroffen?
4. Welche Bäume müssen dafür gefällt werden?
5. Wann wird mit dem Projekt Bitterling begonnen und bis wann soll es beendet sein?
6. Wie hoch sollen die gesamten Kosten für das Projekt Bitterling sein?
7. Wie hoch wird voraussichtlich die städtische Beteiligung daran sein?
8. Welche Fördermittel dazu wurden bewilligt?
9. Wie sieht genau das Vorhaben, die Oberlache umzuleiten, aus?
10. Wann soll mit dem Vorhaben, die Oberlache umzuleiten, begonnen werden?
11. Was plant die Landesgartenschau GmbH für das Areal um den Tennisplatz, das zwischen Schwanenteich und Waldbrunnenweg gelegen ist?
12. Was geschieht mit dem Wiesenareal dort, welches das Planungsbüro fälschlicherweise als ‚Extensivrasen‘ bezeichnet hat?
13. Welche Eingriffe wird es in das dort an der Wieseck befindliche Auwäldchen geben?

Weiterhin beantrage ich, die Anfrage mit der Antwort des Magistrats auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu setzen.“

Stv. Janitzki, Fraktion LB/BLG, erklärt, er ist mit der Beantwortung seiner Anfrage nicht zufrieden.

Es erfolgt eine Abstimmung ob der Antrag als erledigt anzusehen ist.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, CDU, 10 GR, FW, LINKE, 1 PIR; Nein: LB/BLG; StE: 1 GR, FDP, 1 PIR).

25. Prüfung des Baus eines Solarkraftwerkes auf dem Gelände der ehemaligen Mülldeponie Gießen-Allendorf - Antrag der FDP-Fraktion vom 03.03.2012 -

STV/0747/2012

Antrag:

„Der Magistrat wird beauftragt den Bau eines Solarkraftwerkes auf dem Gelände der ehemaligen Mülldeponie bei Allendorf zu prüfen.

Wenn die Prüfung ein positives Ergebnis zeigt, soll der Magistrat bei privaten Investoren für dieses Projekt werben.“

Stv. Dr. Greilich ändert für die FDP-Fraktion den Antrag wie folgt:

„Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob die Stadt Gießen in Abstimmung mit dem Landkreis Gießen auf dem südwestlichen Teil der ehemaligen Kreisabfalldeponie unter folgenden Bedingungen einen Solarpark realisieren kann:

1. Der zukünftige Betreiber berücksichtigt die vorhandenen Wege auf dem Gelände, die laut Wegeplanung der Arbeitsgruppe ‚Rundwanderweg Allendorf/Lahn‘ erhalten bleiben sollen (siehe Anlage).
2. Der zukünftige Betreiber sorgt
 - a) für die beiden Wegeverbindungen zum südwestlichen Hauptweg gemäß der Wegeplanung der Arbeitsgruppe ‚Rundwanderweg Allendorf/Lahn‘
 - b) und für die Wegeverbindung zum Gipfel.
3. Der Betreiber sorgt in Abstimmung mit dem Landkreis Gießen und dem Ortsbeirat Gießen-Allendorf/Lahn
 - a) für die Einzäunung des Solarparks und
 - b) eine Abgrenzung des Wanderwegs im Deponiebereich zum restlichen (gesperrten) Deponiegelände.
4. Der Betreiber sorgt für einen Aussichtspunkt auf dem Gipfel, d.h. dass die Fläche am Gipfel mit offenem Blick in alle Richtungen frei gehalten wird.
5. Der Betreiber sorgt in Abstimmung mit dem Landkreis Gießen und dem Ortsbeirat Gießen-Allendorf/Lahn für eine angemessene Sichtschutzbepflanzung.
6. Der Betreiber soll eine Bürgerbeteiligung in Form einer ‚Bürgersolaranlage‘ ermöglichen, bevorzugt für Allendorfer Bürgerinnen und Bürger.
7. Es sollen hocheffiziente Solarmodule, vorzugsweise monokristallines Silizium, verwendet werden.“

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Dr. Greilich, Heller, Dr. Preiß und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig beschlossen.

26. **Keine berufsorientierenden Maßnahmen in der Trägerschaft missionarischer Vereine** **STV/0753/2012**
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 05.03.2012 -
-

Antrag:

„Die berufsorientierenden Maßnahmen an Gießener Schulen, die von der Diakonie durchgeführt werden, sollen alsbald als möglich an einen religiös neutralen Träger übergeben werden.“

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Beltz, Dr. Greilich, G. Greilich, Dr. Krauthelm, Roth und Janitzki.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, CDU, GR, FW, FDP, 1 PIR; Ja: LINKE; StE: LB/BLG, 1 PIR).

27. **Anbringung von Schildern gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus an öffentlichen Gebäuden** **STV/0756/2012**
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 06.03.2012 -
-

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert, Schilder mit dem Text

„Kein Ort für Nazis - Gießen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“

herstellen zu lassen und an öffentlichen Gebäuden anzubringen.“

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Beltz, Dr. Weinrich, G. Greilich und Stadtrat Prof. Dr. Brinkmann.

Beratungsergebnis:

Einstimmig abgelehnt (Nein: SPD, CDU, GR, FW, FDP, LB/BLG, PIR; Ja: LINKE).

28. **Fußweg entlang der Wieseck** **STV/0798/2012**
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 28.03.2012 -
-

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat zu prüfen, ob ein durchgehender Fußweg an der Wieseck und zwar am linken Ufer vom Rathaus zur Moltkestraße geschaffen werden kann.“

An der kurzen Aussprache beteiligen sich Stv. Janitzki und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Die Ausführungen von **Bürgermeisterin Weigel-Greilich** werden auf Antrag des Stv. Janitzki wörtlich protokolliert: „Ja, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, es gibt eine Vereinbarung von 1976, eine damalige Einverständniserklärung zwischen der Stadt und dem Eigentümer der Moltkestraße 12. Und es geht dahin, dass der Eigentümer sich einverstanden erklärte mit dem Bau des Parkhauses und die Stadt verpflichtet sich, ein Tor an dessen Ende zu errichten. Das war die Bedingung für die Zustimmung zu dem Bau des Parkhauses und dieser Vertrag gilt fort. Insofern müssen wir hier vorschlagen, dass dieser Antrag abgelehnt wird. Und wir dürfen ihn als Magistrat auch gar nicht umsetzen, weil wir eben eine vertragliche Regelung mit dem Eigentümer bzw. mit dem Rechtsnachfolger, dem neuen Eigentümer haben.“

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, CDU, GR, FW, FDP, 1 PIR; Ja: LB/BLG; StE: LINKE, 1 PIR).

**29. Rückgabe der Jugendhilfe an den Landkreis Gießen
- Antrag der FDP-Fraktion vom 25.04.2012 -**

STV/0841/2012

Antrag:

„Der Magistrat möge berichten: Welche finanziellen Änderungen im Haushalt der Stadt Gießen würden sich in den nächsten Jahren bei einer Rückgabe der Jugendhilfe an den Landkreis Gießen ergeben.“

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Dr. Preiß, Grothe, Janitzki, Merz, Bürgermeisterin Weigel-Greilich und Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz.

Innerhalb der Aussprache stellt **Stv. Oechler**, Piraten-Fraktion, den Geschäftsordnungsantrag „Schluss der Debatte“.

Stv. Dr. Preiß, FDP-Fraktion, spricht dagegen.

Der Antrag auf „Schluss der Debatte“ wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, CDU, GR, FW, LINKE, FDP, LB/BLG; Ja: PIR).

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, FW; Ja: CDU, FDP, LINKE, PIR, LB/BLG).

Stv. D. Geißler, SPD-Fraktion, stellt den Geschäftsordnungsantrag, den

Ältestenrat einzuberufen.

Die Sitzung wird um 23:05 Uhr für eine Sitzung des Ältestenrates unterbrochen und um 23:15 Uhr fortgesetzt.

Stadtverordnetenvorsteher Fritz teilt mit, der Ältestenrat habe beschlossen, den TOP 44 - Antrag zum Thema öffentliche Veranstaltungen, Antrag der CDU-Fraktion vom 04.06.2012, STV/0948/2012 - in der Beratung und Beschlussfassung vorzuziehen und nach diesem TOP die Sitzung zu beenden. Die nachfolgenden TOP's werden in der Beratung und Beschlussfassung bis zur nächsten Stadtverordnetensitzung zurückgestellt.

**30. Antrag zum Thema öffentliche Veranstaltungen
- Antrag der CDU-Fraktion vom 04.06.2012 -**

STV/0948/2012

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, alle Möglichkeiten zu prüfen, wie Veranstaltungen, die von totalitaristischen Diktaturen wie zum Beispiel der Regierung Eritreas oder die von radikalen, zur Gewalt aufrufenden Bewegungen im Stadtgebiet maßgeblich organisiert und unterstützt werden, verhindert werden können. Der Magistrat wird aufgefordert, Einladungen von Vertretern solcher Regierungen und Bewegungen nicht anzunehmen, für deren Veranstaltungen keine städtischen Liegenschaften zur Verfügung zu stellen und die Messehallen GmbH zu bitten, derartige Veranstaltungen in ihren Räumlichkeiten nicht mehr durchzuführen.“

Stv. Wagener, CDU-Fraktion, ändert für die antragstellende Fraktion den vorliegenden Antrag, STV/0948/2012, wie folgt:

„Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, alle Möglichkeiten zu prüfen, wie Veranstaltungen, wie zum Ersten das sog. ‚Eritrea-Festival‘, das im Auftrag der eritreischen Regierung bzw. der eritreischen Volksfront für Demokratie und Gerechtigkeit oder von Vorfeldorganisationen der vorgenannten maßgeblich unterstützt und organisiert wird, verhindert werden können.

Dies gilt insbesondere, wenn eine solche Veranstaltung dazu dient oder geeignet ist, den wahren Charakter des eritreischen Regimes und die tatsächliche politische und ökonomische Situation in Eritrea zu verschleiern bzw. Propaganda für das Regime und dessen Organisationen zu betreiben.

Zum Zweiten gilt dies für die deutsch-türkische Kulturolympiade, die maßgeblich von der Gülen-Bewegung bzw. von durch sie beeinflussten Organisationen unterstützt wird, insbesondere dann, wenn diese Veranstaltung für die Zwecke der Gülen-Bewegung unter dem Deckmantel der Jugendkulturarbeit propagandistisch ausgenutzt wird.

Der Magistrat wird weiterhin gebeten, im Rahmen aller rechtlichen Möglichkeiten für diese Veranstaltungen keine städtischen Liegenschaften zur Verfügung zu stellen und die Messehallen GmbH zu bitten, derartige Veranstaltungen in ihren Räumlichkeiten nicht mehr durchzuführen sowie die Einladungen von Vertretern solcher Regierungen

und Bewegungen nicht anzunehmen.“

Stv. Grothe, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, stellt für die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Initiativantrag:

1. *Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt ihren Beschluss vom 26.5.2011:
,Gießen ist eine weltoffene Stadt. Menschen aus über 150 Nationen leben hier in einem toleranten Miteinander und haben hier ihr Zuhause. Gegenseitiger Respekt, Vertrauen und ein offener Umgang zeichnen das Zusammenleben in unserer Stadt aus. Vielfältige und zahlreiche Angebote von Vereinen, Institutionen und Gruppierungen vereinen die Menschen unserer Stadt. Dort kommen alle Gießenerinnen und Gießener - unabhängig ihrer Herkunft, Hautfarbe, Religion, politischer Überzeugung, geschlechtlichen Orientierung oder Lebensweise - zusammen und prägen damit das kulturelle und gesellschaftliche Leben Gießens. Wir, Stadtverordnetenversammlung und Magistrat der Universitätsstadt Gießen, stehen uneingeschränkt hinter der Vielfalt und Weltoffenheit unserer Stadt und werden uns stets aktiv gegen menschenverachtende und antidemokratische Haltungen wenden.'*
2. *Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen ist sich bewusst und erkennt an, dass in Gießen seit vielen Jahren Menschen aus Eritrea Zuflucht vor politischer Verfolgung unter unterschiedlichen Regimen, vor Hunger und wirtschaftlicher Not gefunden haben und dass Menschen aus Eritrea und die eritreische Gemeinde einen bedeutenden Beitrag zum friedlichen Zusammenleben in unserer Stadt leisten.*
3. *Die Stadtverordnetenversammlung ist der Überzeugung, dass das derzeitige politische System Eritreas Züge einer totalitären Diktatur trägt, in der auf vielerlei Weise die Menschenrechte missachtet und mit Füßen getreten werden.*
4. *Die Stadtverordnetenversammlung erklärt deshalb, dass Veranstaltungen der oder im Auftrag der eritreischen Regierung oder der eritreischen Staatspartei Volksfront für Demokratie und Gerechtigkeit (PFDJ) oder von Vorfeldorganisationen des Staates Eritrea oder der Staatspartei in Gießen nicht erwünscht sind, insbesondere dann nicht, wenn sie beabsichtigen oder geeignet sind, den wahren Charakter des eritreischen Regimes und die tatsächliche politische und ökonomische Situation in Eritrea propagandistisch zu verschleiern.*
5. *Die Stadtverordnetenversammlung bittet daher den Magistrat, Einladungen von Vertretern der Regierung Eritreas nicht anzunehmen, im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten für deren Veranstaltung keine städtischen Liegenschaften zur Verfügung zu stellen und die Messehallen GmbH zu bitten, derartige Veranstaltungen in ihren Räumlichkeiten nicht mehr durchzuführen.*
6. *Die Stadtverordnetenversammlung hat Verständnis für Kritik an und Protest gegen die für Juli geplante Veranstaltung der Botschaft und der Einheitspartei Eritreas in den Hessenhallen. Sie mahnt alle Beteiligten, Veranstalter wie Kritiker, bei der notwendigen Debatte und Auseinandersetzung bei friedlichen Mitteln zu bleiben.“*

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Wagener, Grothe, Gail, Beltz,

Möller, Dr. Preiß, Merz, Janitzki und Herr Ibraimtzik (stellv. Vorsitzender des Ausländerbeirates).

Beratungsergebnis:

Der Initiativantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, GR, FW, 1 PIR, FDP; Nein: LINKE; StE: CDU, 1 PIR, LB/BLG).

Wegen unterschiedlichem Abstimmungsverhalten innerhalb verschiedener Fraktionen zählt **Stadtverordnetenvorsteher Fritz** die Stimmen zum geänderten CDU-Antrag aus.

Er stellt fest, der geänderte Antrag der CDU-Fraktion, STV/0948/2012, wird mehrheitlich beschlossen (Ja: 19 Stimmen; Nein: 14 Stimmen; StE: 12 Stimmen)

31. **Prüfantrag: Alternativen zur Abendkassenlösung für Gießen-Pass-Inhaber/-innen** **STV/0855/2012**
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 30.04.2012 -
-

Antrag:

„Wir bitten darum in Rücksprache mit dem Stadttheater zu prüfen, ob das Angebot an im Voraus buchbaren vergünstigten Eintrittskarten auf Gießen-Pass-Inhaber/-innen ausgeweitet werden kann. Des Weiteren bitten wir um Prüfung der Möglichkeit, bei **jeder** Vorstellung zumindest ein kleines Kontingent vergünstigter Karten bereitzustellen.“

Beratungsergebnis:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (nach Mitternacht) in der Beratung und Beschlussfassung bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

32. **Überarbeitung der Gefahrenabwehrverordnung** **STV/0858/2012**
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 01.05.2012 -
-

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, die ‚Allgemeine Gefahrenabwehrverordnung‘ zu überarbeiten, insbesondere die Paragraphen 13 und 15, und die geänderte Fassung der Stadtverordnetenversammlung spätestens in einem Jahr zur Beschlussfassung vorzulegen.“

Beratungsergebnis:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (nach Mitternacht) in der Beratung und Beschlussfassung bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

- 33.** Bericht zum Wasserpreis (Antrag der Fraktion LB/BLG vom 08.08.2011, STV/0266/2011);
hier: Aussprache zur vorliegenden Stellungnahme des Magistrats vom 08.03.2012
-

Beratungsergebnis:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (nach Mitternacht) in der Beratung und Beschlussfassung bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

- 34.** Bericht zu den Ereignissen anlässlich des NPD-Aufmarsches am 16. Juli (Antrag der Fraktion LB/BLG vom 08.08.2011, STV/0269/2011);
hier: Aussprache zur vorliegenden Stellungnahme des Magistrats vom 21.05.2012
-

Beratungsergebnis:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (nach Mitternacht) in der Beratung und Beschlussfassung bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

- 35.** Kletterwald mit Riesenrutsche im Naherholungsgebiet Schiffenberg (Antrag der Fraktion LB/BLG vom 07.08.2011, STV/0270/2011);
hier: Aussprache zur vorliegenden Stellungnahme des Magistrats vom 03.04.2012
-

Beratungsergebnis:

Wurde zu Beginn der Sitzung in der Beratung zurückgestellt.

- 36.** Konzept Berufsfeuerwehr/Gefahrenabwehrzentrum (Antrag der FW-Fraktion vom 17.11.2011, STV/0568/2011);
hier: Aussprache zur vorliegenden Stellungnahme des Magistrats vom 04.05.2012
-

Beratungsergebnis:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (nach Mitternacht) in der Beratung und Beschlussfassung bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

37. Berichts Antrag zu den eingesetzten Mittel bei der Umgestaltung Bahnhofsvorplatz (Antrag der Fraktion LB/BLG vom 21.11.2011, STV/0578/2011)
hier: Aussprache zur vorliegenden Stellungnahme des Magistrats vom 08.03.2012
-

Beratungsergebnis:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (nach Mitternacht) in der Beratung und Beschlussfassung bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

38. **Anfrage gem. § 28 GO des Stv. Janitzki vom 09.05.2012 ANF/0867/2012**
- Bericht zu den freiwilligen Leistungen -
-

Beratungsergebnis:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (nach Mitternacht) in der Beratung und Beschlussfassung bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

39. **Anfrage gem. § 28 GO des Stv. Janitzki vom 09.05.2012 ANF/0868/2012**
- Haushaltsmittel der Lokalen Agenda 21 -
-

Beratungsergebnis:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (nach Mitternacht) in der Beratung und Beschlussfassung bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

40. **Beibehaltung der Stellenbesetzungssperre STV/0912/2012**
- Antrag der CDU-Fraktion vom 24.05.2012 -
-

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass die Stellenbesetzungssperre nicht aufgehoben wird und somit keine/kein weitere/r wissenschaftliche/r Mitarbeiter für den Bereich der hauptamtlichen Stadträtin Frau Astrid Eibelshäuser eingestellt wird.“

Beratungsergebnis:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (nach Mitternacht) in der Beratung und Beschlussfassung bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

- 41. Bericht "Wie wird mit der Erweiterung der Cloos'schen Stiftung weiter verfahren?"** **STV/0939/2012**
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 04.06.2012 -
-

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat zu berichten:

1. Ist eine Schließung der Finanzierungslücke, zum Beispiel durch Fördergelder des Landes, in Aussicht?
2. Ist das Projekt an sich gefährdet?
3. Gibt es eine Plan B, also ein alternatives Konzept für die Nutzung des Geländes?“

Beratungsergebnis:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (nach Mitternacht) in der Beratung und Beschlussfassung bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

- 42. Bericht zum Botanischen Garten** **STV/0940/2012**
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 04.06.2012 -
-

Antrag:

„Viele Gießener Bürgerinnen und Bürger würden es begrüßen, wenn die täglichen Öffnungszeiten des Botanischen Gartens erweitert und auch vereinfacht würden. Die zusätzlichen Kosten, die dadurch entstehen würden, müsste die Stadt tragen, da dies im Interesse ihrer Bürger geschähe. Vor diesem Hintergrund möge der Magistrat berichten:

1. Welche Kosten sind 2011 der Stadt entstanden, um die damaligen Öffnungszeiten des Botanischen Gartens zu ermöglichen?
2. Welche zusätzlichen Kosten würden entstehen, wenn im Monat April 2013 die tägliche Öffnungszeit um 3,5 Stunden bis 19 Uhr verlängert würde?
3. Welche zusätzlichen Kosten würden entstehen, wenn im Monat September 2013 die tägliche Öffnungszeit um eine Stunde bis 19 Uhr verlängert würde?“

Beratungsergebnis:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (nach Mitternacht) in der Beratung und Beschlussfassung bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

- 43. Bericht zur Sanierung der Ringallee** **STV/0941/2012**
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 04.06.2012 -
-

Antrag:

„Der Magistrat möge berichten:

1. Wann wurde eine Kanaluntersuchung nach der Eigenkontrollverordnung in der Ringallee durchgeführt und mit welchem Ergebnis wurde dieses an die zuständige Stelle beim Regierungspräsidenten weitergegeben?
2. Ist eine Kanalsanierung – entsprechend dem Ergebnis der Kanaluntersuchung - für die gesamte der Ausbaustrecke der Ringallee oder nur für Teilbereiche unbedingt erforderlich?
Wenn nur für Teilbereiche: Für welche Teilbereiche?
3. In welchen Bereichen der Ringallee sind Altablagerungen (sog. Trümmerschutt) nachgewiesen?
4. Wann und mit welchem Ergebnis wurde ein Bodengutachten für die grundlegende Erneuerung der Straße durchgeführt?
5. Welchen prozentualen Anteil an den gesamten Anliegerbeiträgen zur Sanierung der Ringallee haben ungefähr a) die Stadt als Anlieger, b) die Wohnbau Gießen GmbH und c) die Stadtwerke AG zu zahlen?
6. a) Wann und auf welchem Wege sind gemäß § 2 der Straßenbeitragsatzung die Bürger vom Magistrat über die Maßnahme informiert worden?
b) Über welche „sich wesentlich unterscheidenden Lösungen“ des Vorhabens sind die Bürger unterrichtet worden?
c) Welche voraussichtlichen Kosten sind ihnen genannt worden?
7. Sind die Anlieger des Ubbelohdeweges von der Erhebung der Straßenbeiträge für die Sanierung der Ringallee betroffen?
8. a) Gibt es eine feste Zusage auf Fördermittel für die Sanierung der Ringallee und b) wie viel Prozent der förderfähigen Kosten werden sie betragen?
9. a) Gibt es Untersuchungen für den gesamten Bereich der Ringallee und ihrer Teilbereiche hinsichtlich des Bedarfes und des Angebotes an Parkplätzen?
b) Wie hoch ist der Bedarf an Parkplätzen gemäß der Stellplatzsatzung für die Ringallee und ihre Anlieger?
c) Wie hoch wird dort das Angebot an Parkplätzen nach der Umgestaltung der Ringallee sein?
d) Wie hoch ist der zusätzliche Bedarf 2014 durch die Landesgartenschau?
10. Wird das Parken auf dem Parkplatz vor der Theodor-Litt-Schule ab 2014 für Schüler und/oder die Allgemeinheit gebührenpflichtig werden?
11. Wie werden die bereitgestellten Mittel 2012 und 2013 für die Maßnahme finanziert:
a) durch bestehende Kredite,
b) durch neu aufzunehmende Kredite
c) durch Kassenkredite?“

Beratungsergebnis:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (nach Mitternacht) in der Beratung und Beschlussfassung bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

43.1. Sanierung der Ringallee **STV/0942/2012**
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 04.06.2012 -

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf,

1. die durch § 39 BNatSchG vorgeschriebene Schonzeit für die Natur einzuhalten und nicht an der Ringallee im August oder September Bäume zu fällen oder Gebüsch zu roden und
2. die im Abschnitt Theodor-Litt-Schule bis Waldbrunnenweg der Ringallee geplanten Fällungen von ca. 85 Bäumen durch die gleiche Anzahl von Neupflanzungen zu kompensieren.“

Beratungsergebnis:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (nach Mitternacht) in der Beratung und Beschlussfassung bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

43.2. Geplanten Fällung von Bäumen und Streichung von **STV/0950/2012**
Parkplätzen in der Ringallee
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 04.06.2012 -

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert, die grundhafte Sanierung der Ringallee durch eine Sanierung der Oberfläche zu ersetzen.“

Beratungsergebnis:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (nach Mitternacht) in der Beratung und Beschlussfassung bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

44. Antrag zum sogenannten Schutzschirm **STV/0943/2012**
- Antrag der Fraktion Linkes Bündis/Bürgerliste Gießen
vom 04.06.2012 -

Antrag:

„Vor der Beschlussfassung über den Beitritt zum sog. Kommunalen Schutzschirm werden die Bürgerinnen und Bürger beteiligt; spätestens im September 2012 nach dem Bericht über den Stand der Verhandlungen.

Dazu werden vom Magistrat geeignete Maßnahmen vorbereitet – wie z. B. öffentliche Diskussionsveranstaltungen, Online-Abstimmungen und Diskussionsforen auf der Homepage der Stadt.

Die Durchführung einer Bürgerbefragung wird geprüft.“

Beratungsergebnis:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (nach Mitternacht) in der Beratung und Beschlussfassung bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

**45. Leerkosten beim Trinkwasser STV/0952/2012
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 04.06.2012 -**

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, endlich Schritte zu unternehmen, dass nicht weiter jedes Jahr ca. 900.000 Euro für sog. Leerkosten an die ZMW zu zahlen sind.

So könnte der Magistrat auf dem Verhandlungswege mit der ZMW eine für die Stadt deutlich günstigere Lösung zu erreichen suchen oder könnte auf die Stadtwerke einwirken, mehr Wasser über die ZMW zu beziehen und die eigene Wasserproduktion zu reduzieren.“

Beratungsergebnis:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (nach Mitternacht) in der Beratung und Beschlussfassung bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

46. Verschiedenes

**46.1. Anfrage gem. § 29 GO des Stv. Möller vom 25.06.2012 - ANF/0963/2012
Erhöhung der Kreisumlage -**

Anfrage:

In seiner Sitzung am 25.06.2012 beschloss der Kreistag mit der Mehrheit der Koalition aus SPD, Bündnis90/Die Grünen und FW die Erhöhung der Kreisumlage. Vor dem Hintergrund dieses Beschlusses erklärte die Oberbürgermeisterin öffentlich, dass dieser Beschluss gegen die Interessen der Universitätsstadt Gießen ginge und die Stadt rund 1,1 Mio. Euro im laufenden Haushaltsjahr kosten werde. **Vor diesem Hintergrund frage ich den Magistrat:**

„Wie gedenkt der Magistrat die noch im aktuellen Haushaltsjahr fällig werdende zusätzliche Belastung für die Stadt Gießen in Höhe von rund 1,1 Mio. Euro zu kompensieren?“

1. Zusatzfrage: „War es in Kenntnis der Finanzlage des Landkreises beim Magistrat nicht vorhersehbar, dass die Aufsichtsbehörde die Erhöhung der Kreisumlage fordern würde, bzw. dass auch bei einer vorläufigen Haushaltsführung im Landkreis die erhöhte Kreisumlage hätte gezahlt werden müssen?“

Beratungsergebnis:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (nach Mitternacht) in der Beratung und Beschlussfassung bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

(gez.) F r i t z

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) A l l a m o d e